

Wasser- und Abwasserzweckverband "Der Teltow"

Beschlussvorlage		
X öffentlich nichtöffentlich		
Einreicher: Verbandsvorsteher	Datum: 04.03.2019	Drucksache Nr.: 04/2019

BeratungsfolgeSitzungstermin

Verbandsvorstand

27.02.2019

Verbandsversammlung**20.03.2019****6. Änderungssatzung zur Verbandssatzung vom 02.06.2004 (6. ÄndSVerbS)**

Beschlussvorschlag:

Die Verbandsversammlung beschließt die beigelegte

6. Änderungssatzung zur Verbandssatzung vom 02.06.2004 (6. ÄndSVerbS).

Beratungsergebnis:

Gremium: Verbandsversammlung:				Sitzung am: 20.03.2019			TOP 4
einstimmig	mit Stimmen- mehrheit	JA	NEIN	Enthaltung	ungültig	lt. Beschl. vorschlag	abweich. Beschluss
Leiter der Sitzung: Herr Weiß							

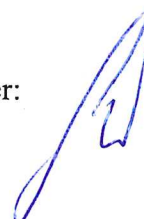
Verbandsvorsteher

Für die Richtigkeit:



Vorsitzender der Verbandsversammlung

Einreicher:



Finanzielle Auswirkungen?

ja:

nein:

X

Begründung:

Hintergrund der 6. Änderung der Verbandssatzung des WAZV „Der Teltow“ sind die Änderungen durch die Neufassung des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg (im Folgenden: GkG). Des Weiteren ist aufgrund der Einwohnerzahlen zum 30. Juni des Vorjahres für die Gemeinde Stahnsdorf und die Stadt Teltow jeweils eine weitere Vertretungsperson in die Verbandsversammlung zu entsenden. Auch wurden einige Passagen an die Geschäftsordnung angepasst.

Die Ziffern der Änderungssatzung begründen sich im Einzelnen wie folgt. Zur besseren Übersichtlichkeit ist den Änderungen jeweils der Paragraph der Verbandssatzung vorangestellt.

§ 1 Verbandsmitglieder, Name, Sitz, Rechtsform, Verbandsgebiet**zu 1.:**

Die Bezugnahme auf das GkG ist auf die zum 12.07.2014 in Kraft getretene neue Rechtsgrundlage des GkG vom 10.07.2014 angepasst. Diese Aktualisierung hat lediglich redaktionellen Charakter.

§ 3 Pflichten der Verbandsmitglieder**zu 2.:**

Der Rechtsbegriff „Abwasser“ umfasst gemäß § 54 Abs. 1 Satz 1 WHG sowohl Schmutzwasser als auch Niederschlagswasser. Da sich die Zuständigkeit des WAZV „Der Teltow“ nur auf Schmutzwasser bezieht, ist der in § 3 Abs. 3 VerbS verwendete Begriff „Abwasser“ durch den Begriff „Schmutzwasser“ ersetzt.

§ 4 Organe des Zweckverbandes**zu 3.:**

Die Bezeichnung der Organe des Zweckverbandes wird an die Begrifflichkeiten des neuen GkG vom 10.07.2014 angepasst.

Nach § 17 Satz 1 Nr. 1 und 2 GkG sind Organe des Zweckverbandes

- die Verbandsversammlung,
- die Verbandsvorsteherin oder der Verbandsvorsteher (Verbandsleitung)

Gemäß § 17 Satz 2 GkG kann die Verbandssatzung als weiteres Organ einen Verbandsausschuss vorsehen. Diese Regelung entspricht im Wesentlichen der Rechtslage gemäß § 14 GkG in der bis zum 11.07.2014 geltenden Fassung (im Folgenden: GkG a.F.) Der Verbandsausschuss entspricht dem Vorstand, der ebenfalls als optionales Organ des Zweckverbandes nach § 14 Satz 2 GkG a.F. vorgesehen war. Daher wird der Begriff des Vorstandes in Verbandsausschuss geändert.

§ 5 Verbandsversammlung

zu 4.:

Nach § 19 Abs. 1 Satz 1 GkG werden die Vertreterinnen und Vertreter der Verbandsmitglieder als Vertretungspersonen bezeichnet. Daher wird der Begriff „Vertreter“ im Folgenden stets durch „Vertretungspersonen“ ersetzt.

Die bisherige Regelung in § 5 Abs. 1 Satz 3 VerbS, nach der amtsfreie Gemeinden in der Verbandsversammlung durch den Bürgermeister vertreten werden, wird an § 19 Abs. 3 Satz 1, 1. Halbsatz GkG angepasst. Hiernach werden die kommunalen Verbandsmitglieder in der Verbandsversammlung durch ihre Hauptverwaltungsbeamtin oder ihren Hauptverwaltungsbeamten vertreten.

Die Regelungen in §§ 5 Abs. 1 Satz 4 ff. VerbS über die Wahl der weiteren Vertretungspersonen wird an § 19 Abs. 4 GkG (Zuständigkeit und Voraussetzungen für die Wahl) sowie an § 19 Abs. 6 GkG (Ausscheiden der Vertretungsperson bei Wegfall der Voraussetzungen für die Wahl oder Entsendung) angepasst.

§ 5 Abs. 2 Satz 1 VerbS wird begrifflich an das GKG angepasst.

In § 5 Abs. 2 Satz 2 VerbS wird die Basis zur Ermittlung der Einwohnerzahl konkretisiert.

§ 5 Abs. 2 Satz 3 VerbS wird begrifflich an das GKG angepasst.

§ 5 Abs. 2 Satz 4 VerbS kann entfallen. Die bisherige Bestimmung in § 5 Abs. 2 Satz 4 VerbS sah vor, dass mehrere Vertreter und Stellvertreter eines Verbandsmitgliedes nach den Vorschriften der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) über die Bildung der Ausschüsse bestellt werden.

Das GKG regelt in § 19 Abs. 4 Satz 1 GKG jedoch, dass weitere Vertretungspersonen der kommunalen Mitglieder und deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter gemäß §§ 40, 41 BbgKVerf von der Vertretungskörperschaft des Mitglieds für die Dauer ihrer Wahlperiode gewählt werden. Da die entsprechende Änderung bereits in § 5 Abs. 1 Satz 4 VerbS aufgenommen wurde, kann der mit gleichem Regelungsgehalt ausgestattete § 5 Abs. 2 Satz 4 VerbS ersatzlos entfallen.

§ 5 Abs. 3 VerbS wird begrifflich an das GKG angepasst.

§ 5 Abs. 4 VerbS wird begrifflich an das GKG und an die aktuelle Stimmenzahl angepasst. Die Stimmenzahl für die Gemeinde Stahnsdorf und die Stadt Teltow erhöht sich aufgrund der gestiegenen Einwohnerzahlen um jeweils 1 Stimme. (Tabelle siehe Anlage)
Weitere Änderungen sind redaktioneller Natur.

zu 5.:

Eine solche Regelung zur Geschäftsordnung der Verbandsversammlung war bisher nicht enthalten.

§ 6 Aufgaben der Verbandsversammlung

zu 6., 7. und 8.: Anpassung der Begriffe an das GKG.

§ 7 Einberufung der Verbandsversammlung

zu 9.:

Anpassung der Ladungsfrist an die bereits geänderte Geschäftsordnung der Verbandsversammlung.

§ 8 Beschlussfähigkeit, Öffentlichkeit

zu 10.:

§ 8 Abs. 1 VerbS wird den Vorschriften des § 20 Abs. 2 GkG in Verbindung mit § 38 Abs. 1 BbgKVerf angepasst. Nach §§ 20 Abs. 2 Satz 1 GkG und § 38 Abs. 1 Satz 1 BbgKVerf richtet sich die Beschlussfähigkeit der Verbandsversammlung danach, ob mehr als die Hälfte der satzungsmäßigen Stimmenzahl anwesend ist.

§§ 8 Abs. 1 Satz 2 ff. VerbS wird an § 38 Abs. 1 Satz 2 ff. BbgKVerf angepasst. Der Wortlaut ist aus der BbgKVerf übernommen. Dieser sieht die Notwendigkeit einer Feststellung der Beschlussfähigkeit bei Anwesenheit von weniger als einem Drittel der gesetzlichen Anzahl der Vertretungspersonen oder weniger als drei Vertretungspersonen vor. Für eine Mehrheitsbildung ist eine ungerade Mindestanzahl von drei Vertretungspersonen notwendig.

zu 11. und 12.:

§ 8 Abs. 2 VerbS wird an § 38 Abs. 2 BbgKVerf angepasst. Durch § 8 Abs. 2 Satz 2 VerbS ist klar, dass die erneute Einberufung der Verbandsversammlung mit einer Ladung und damit ordnungsgemäß entsprechend der Satzung zu erfolgen hat.

Die Regelung zur Öffentlichkeit der Verbandsversammlung in § 8 Abs. 3 VerbS wird an die gemäß § 12 Abs. 1 GkG entsprechend geltende Regelung des § 36 Abs. 2 BbgKVerf angepasst.

§ 9 Beschlussfassung

zu 13.:

Die Regelung in § 9 Abs. 1 Satz 1 VerbS zur Beschlussfassung entspricht § 20 Abs. 3 Satz 1 GkG und § 39 Abs. 2 BbgKVerf. § 39 Abs. 2 BbgKVerf normiert den Regelfall der einfachen Mehrheit. Es kommt daher auf die Mehrheit der auf Ja- oder Nein lautenden Stimmen an. Aus der Formulierung ergibt sich, dass auch die Mehrheit der Nein-Stimmen zu einem Beschluss führt, beschlossen wird damit die Negation des Beantragten. Enthaltungen oder ungültige Stimmen sind unbeachtlich.

§ 9 Abs. 1 Satz 2 VerbS wird zur Klarstellung beibehalten.

§ 9 Abs. 1 Satz 3 VerbS entspricht § 20 Abs. 3 Satz 2 GKG.

zu 14.:

Anpassung der Begriffe in § 9 Abs. 2 VerbS an das GKG.

zu 15.:

§ 9 Abs. 3 VerbS wird an die gesetzliche Bestimmung des § 31 Abs. 2 GkG angepasst.

Nach § 31 Abs. 2 GKG ist eine Mehrheit von zwei Dritteln der satzungsmäßigen Stimmenzahl erforderlich für Änderungen der Verbandsaufgaben, die Verbandsmitglieder, die Zahl ihrer Stimmen in der Verbandssatzung und den Maßstab, nach dem die Verbandsmitglieder nach § 29 GKG zur Deckung des Finanzbedarfs beizutragen haben, sowie die Aufhebung der Verbandssatzung.

zu 16.:

§ 9 Abs. 4 VerbS wird neu gefasst und dient der Umsetzung des in § 19 Abs. 2 Satz 3 GkG gesetzlich normierten Gebotes der einheitlichen Abgabe aller Stimmen eines Verbandsmitglieds.

§ 9 Abs. 4 Satz 1 VerbS entspricht inhaltlich § 19 Abs. 2 Satz 2 GKG.

§ 9 Abs. 4 Satz 3 VerbS entspricht inhaltlich § 19 Abs. 2 Satz 3 GKG.

Für eine geheime Stimmabgabe bzw. eine Weisung nach § 18 Abs. 7 GkG werden die Regelungen des § 19 GKG in § 9 Abs. 4 Satz 3 VerbS übernommen.

§ 9 Abs. 4 Satz 4 VerbS entspricht inhaltlich § 19 Abs. 2 Satz 5 GkG.

zu 17.:

Durch die Aufnahme von § 9 Abs. 4 VerbS – neu wird der bisherige § 9 Abs. 4 VerbS zur Bekanntmachung von Beschlüssen der Versammlung zu § 9 Abs. 5 VerbS.

§ 10 Wahlen**zu 18.:**

§ 10 Abs. 3 VerbS setzt das Gebot der einheitlichen Stimmabgabe auch bei Wahlen um. Beschlüsse kommen gemäß § 12 Abs. 1 GkG in Verbindung mit § 39 Abs. 1 BbgKVerf durch Abstimmungen und Wahlen zustande. Das gemäß § 19 Abs. 2 Satz GkG normierte gesetzliche Gebot der einheitlichen Abstimmung bei mehreren Vertretungspersonen eines Verbandsmitglieds gilt somit auch für Wahlen nach § 10 VerbS.

§ 11 Niederschrift**zu 19.:**

Die neu gefasste Regelung des § 11 Satz 2 VerbS entspricht dem über § 12 Abs. 1 GkG entsprechend anwendbaren § 42 Abs. 1 Satz 2 BbgKVerf.

§ 12 Verbandsausschuss.**zu 10.:**

Die Begriffe Vertretungsperson, Verbandsleitung und Verbandsausschuss werden jeweils anstelle von Vertreter, Vorstandsvorsitzender und Vorstand eingefügt.

§ 13 Aufgaben des Verbandsausschusses**zu 21, 22 und 23.:**

Anpassung der Bezeichnung Verbandsausschuss und Klarstellung.

§ 14 Wahl, Stellung und Aufgaben der Verbandsleitung**zu 24 bis 32.:**

Die Änderungen in § 14 VerbS dienen im Wesentlichen der Übernahme der neuen Bezeichnung des Vorstandsvorsitzenden als „Verbandsleitung“ gemäß §§ 17 Satz 1 Nr. 2 und 21 GkG. In § 14 Abs. 3 Satz 3 VerbS wird die Regelung der Frist an § 21 Abs. 4 Satz 3 GKG angepasst.

Gemäß § 21 Abs. 3 GkG kann die Verbandsleitung in Rechts- und Verwaltungsgeschäften die Bezeichnung „Verbandsvorsitzende“ oder „Verbandsvorsitzender“ führen. Da der Hauptverwaltungsbeamte des Zweckverbandes bisher stets als „Der Vorstandsvorsitzende“ aufgetreten ist, sollte dies auch künftig beibehalten werden.

§ 15 Ehrenamtliche und hauptamtliche Tätigkeit

zu 33 und 34.:

In § 15 Abs. 1 und 2 VerbS werden die Begriffe „Mitglieder der Verbandsversammlung“ und „Verbandsvorsteher“ ersetzt durch „Vertretungspersonen“ und „Verbandsleitung“

Gemäß § 22 Abs. 4 GkG hat die ehrenamtliche Verbandsleitung vom Zweckverband eine angemessene Aufwandsentschädigung nach Maßgabe einer Entschädigungssatzung zu erhalten. § 15 Abs. 2 Satz 1 VerbS wird entsprechend angepasst.

§ 17 Deckung des Finanzbedarfs, Beiträge, Gebühren, Verbandsumlage

zu 35.:

In § 17 Abs. 2 Satz 2 VerbS wird der Maßstab für die Erhebung einer Verbandsumlage neu bestimmt.

Da die mit der 5. Änderungssatzung eingeführte Bestimmung zum Umlagemaßstab nach Auffassung der Kommunalaufsicht nicht dazu geeignet sein soll, die Anteile der Verbandsmitglieder an der Verbandsumlage zutreffend zu errechnen, wird die Verbandsumlage für einen nicht durch Einnahmen des Zweckverbandes ausgeglichenen Finanzbedarf ausgehend von dem Maßstab: „Einwohnerzahl des einzelnen Verbandmitglieds geteilt durch die Gesamteinwohnerzahl des Verbandsgebietes“ ermittelt.

zu 36.:

Gesetzliche Grundlage der Regelungen zur Festlegung der Gesamthöhe der Umlage für das gesamte Haushaltsjahr sowie zu den Fälligkeitsterminen ist § 29 Abs. 2 GkG.

Die entsprechende Vorschrift wird in § 17 Abs. 2 Sätze 4 bis 8 VerbS aufgenommen, um die von § 19 Abs. 2 GkG a.F. abweichende Rechtslage auch in der als wesentliche Arbeitsgrundlage der Verbandsversammlung dienenden Satzung deutlich abzubilden.

Die dem § 29 Abs. 3 GkG entsprechende Neuregelung zur Erhebung von Vorauszahlungen auf die voraussichtlich erforderlichen Umlagen wird mit der neuen Formulierung in § 17 Abs. 2 Satz 8 VerbS aufgenommen.

Mit Inkrafttreten des neu gefassten GkG zum 12.07.2014 ist die bislang in § 19 Abs. 2 Satz 2 GkG a.F. enthaltene Genehmigungspflicht für die Festlegung der Verbandsumlage entfallen. Einer Genehmigung der Verbandsumlage durch die Kommunalaufsichtsbehörde zum Schutz der kommunalen Verbandsmitglieder bedarf es nicht, da die Gesamthöhe der Umlage und die sich in Anwendung des Umlagemaßstabes für die einzelnen Verbandsmitglieder rechnerisch ergebenden Teilbeträge von der mit den Vertreterinnen und Vertretern der Verbandsmitgliedern besetzten Verbandsversammlung beschlossen werden (vgl. amtliche Begründung des Gesetzentwurfs der Landesregierung, LT-Drs. 5/8411, S. 32).

zu 37.:

Absatz 5 wird gestrichen, da die Regelung bereits in Absatz 2 enthalten ist. Absatz 6 wird zu Absatz 5.

§ 19 Bekanntmachungen

zu 38.:

Die in § 19 Abs. 3 VerbS getroffene Bestimmung genügte nicht dem Mindestinhalt von § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 6 GkG in Verbindung mit § 13 Abs. 4 GkG. Aus diesem Grund wird die vor der 5. ÄndS VerbS verwendete Bestimmung zur Zulässigkeit der Ersatzbekanntmachung wieder aufgenommen.

zu 39.:

Zusätzlich zur Bekanntmachung von Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzungen der Verbandsversammlung durch Aushang im Schaukasten ist von der Verbandsversammlung gefordert worden, dass auch diese Informationen auf der Internetseite des Verbandes veröffentlicht werden. Nach § 19 Abs. 3 Satz 2 VerbS wird die entsprechende Ergänzung vorgenommen.

zu 40.:

In § 19 Abs. 4 Satz 1 VerbS wird zu sonstigen Bekanntmachungen des Verbandes ebenfalls ergänzt, dass diese auch grundsätzlich auf der Internetseite des Verbandes zu veröffentlichen sind.

§ 21 Inkrafttreten

zu 41.:

Hier ist das Inkrafttreten der Änderungssatzung geregelt.

Anlagen

6. Änderungssatzung zur Verbandssatzung (6. ÄndSVerbS)

Synopse

Tabelle Einwohnerzahlen